

Krankengeschichte offen für Millionen

Die elektronische Gesundheitskarte und ihre Risiken und Nebenwirkungen

Gesundheitsfonds und elektronische Gesundheitskarte (eGK) sind die zwei Schreckgespenster, die den Heilberufen und Versicherten voraussichtlich ab 2009 drohen. Während der Gesundheitsfonds in aller Munde ist, interessiert sich die Öffentlichkeit scheinbar wenig für die elektronische Gesundheitskarte. Bayerns Zahnärzte haben sich in Voll- und Vertreterversammlung von BLZK und KZVB gegen die eGK ausgesprochen.

Hauptargumente sind fehlende Datensicherheit und die Befürchtung, das Patienten- beziehungsweise Arztgeheimnis gerate ins Wanken. Die horrend hohen Ausgaben von geschätzten vier bis fünf Milliarden Euro stehen ebenfalls in der Kritik. Die eGK kostet auch die Praxen richtig Geld: 3.000 Euro für das Lesegerät; bis zu 20.000 Euro für die eventuell notwendige Aktualisierung der EDV.

Geplant ist, die Krankendaten der Krankenversicherten elektronisch auf Zentralrechnern zu speichern. Datenschützer und IT-Experten zweifeln jedoch an der Datensicherheit. Mediziner fürchten um das Arzt- und Patientengeheimnis und kritisieren die Alltagstauglichkeit der eGK. Sogenannte Hacker könnten in den zentralen Rechner eindringen, auf dem Patientendaten gespeichert sind. Datenklau kann bereits früher passieren: während der Übertragung aus Klinik, Apotheke oder Praxis auf den Rechner oder umgekehrt. Genau das ist Mitgliedern des Chaos Computer Clubs (ein Zusammenschluss von Computer-Hackern) bereits gelungen: Sie haben Patientendaten aus einem Testprojekt geknackt.

Verstoß gegen das Grundrecht?

Die eGK verstößt nach Meinung vieler Patientenverbände und Datenschützer auch gegen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Informationelle Selbstbestimmung bedeutet: Jeder hat das Recht zu wissen, wer, was, wann über ihn weiß. Es besteht demnach ein „Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen

Das Praxisplakat, das der FZM in Mittelfranken an die Zahnarztpraxen geschickt hat, fordert die Patienten auf, sich gegen die eGK zu wehren.

Elektronische Gesundheitskarte: Ihre Krankengeschichte offen für Millionen?



Mit der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte 2008 werden Ihre Krankendaten elektronisch auf Zentralrechnern gespeichert.
Ihre Daten sind nicht sicher vor Missbrauch!

Wir – Ihre Zahnärzte/innen vom Förderkreis Zahngesundheit Mittelfranken – wollen, dass Ihre Krankheitsdaten eine Sache zwischen Ihnen und Ihrem Arzt bleiben. Protestieren Sie deshalb mit uns gemeinsam. Senden Sie Ihren Protest gegen die elektronische Gesundheitskarte an unsere Geschäftsstelle. Wir sorgen dafür, dass Ihre Unterschrift dort ankommt, wo Sie hingehört: ins Bayerische Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Wahren Sie Ihr Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und wehren Sie sich gegen ein Los als „gläserner Patient“.

Unterschreiben Sie elektronisch unter: www.fzm-ev.de

Weitere Informationen auch unter: www.diekrankheitskarte.de

Förderkreis Zahngesundheit Mittelfranken e.V.
Falterweg 9 • 91227 Leinburg
Telefon 09120/181961 • Fax 09120/181962
www.fzm-ev.de • patientenforum@fzm-ev.de



Daten“. Damit bleibt das Hauptargument von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt zur Einführung der eGK fraglich. Denn sie will mit der eGK eine bessere Vernetzung bei der Behandlung von Versicherten erreichen und damit Kosten sparen. Damit Krankendaten überhaupt gespeichert werden dürfen, muss der Versicherte seine Einwilligung erteilen. Gibt er diese nicht, könnte die Behandlung für ihn aufgrund der unzureichenden Datelage, die auf der Chipkarte gespeichert ist, gefährlich werden. Aber selbst wenn der Versicherte zustimmt, muss er damit rechnen, dass seine Krankheitsdaten in die Hände Dritter gelangen können. Interesse an solch sensiblen Daten könnten zum Beispiel Krankenkassen haben, die aufgrund von Informationen über eine chronische Erkrankung potenzielle Versicherte ablehnen. Und auch Arbeitgeber könnten die Patienteninformationen bei der Besetzung von Arbeitsplätzen nutzen.

Zu Risiken und Nebenwirkungen

Das Projekt eGK birgt neben datenrechtlichen auch medizinische Risiken, die wiederum rechtliche Fragen aufwerfen können. „Wenn es zu unbefugtem Zugriff auf Patientendaten kommt, wird nicht nur die Intimsphäre des Patienten verletzt – auch der Arzt wird Schwierigkeiten haben nachzuweisen, dass er seine Schweigepflicht nicht verletzt hat“, warnt Diplom-Informatiker Thomas Maus, der sich seit Jahren gegen die Umsetzung der eGK ausspricht. Seiner Meinung nach profitiert nur eine Gruppe von der elektronischen Gesundheitskarte: die IT-Branche.

Der (Zahn-)Arzt erhält mit Hilfe seines elektronischen Heilberufsausweises (HBA) Zugriff auf die elektronische Gesundheitskarte. Was passiert jedoch, wenn sich der Arzt darauf verlässt, dass die Krankenakte vollständig ist, dem Patienten Medikamente verordnet, die sich nicht mit jenen vertragen, die der Patient zwar nimmt, aber vielleicht aus der Akte gelöscht hat?

Aktiv gegen die eGK

14 Bürgerrechtsorganisationen, Datenschutzverbände, Patienten-, Ärzte- und Zahnärztereinigungen ziehen seit Januar bundesweit gemeinsam gegen die eGK ins Feld. In dem Bündnis „Aktion: Stoppt die e-Card“ engagieren sich unter anderem die Freie Ärzteschaft, der NAV-Virchow-Bund, die Deutsche Gesellschaft für Versicherte und Patienten und der Freie Verband Deutscher Zahnärzte. Das Bündnis fordert die Patienten auf, ihre alten Kran-

kenversicherungskarten weiter zu benutzen und das erforderliche Foto für die eGK nicht zur Verfügung zu stellen. Ärzte drohen, die Lesegeräte für die Karte nicht einzuführen, solange die Bedenken zu Datenschutz und Grundrecht nicht ausgeräumt sind. Die Reaktion des Bundesgesundheitsministeriums: Es verweist auf die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und den Bundesdatenschutzbeauftragten, die die Entscheidung zur Einführung der Gesundheitskarte mitgetragen haben.

Aktion in Mittelfranken

Ebenfalls mobil gegen die eGK macht jetzt erstmals ein zahnärztlicher Verein in Bayern mit einer Unterschriftenaktion. Der Förderkreis Zahngesundheit Mittelfranken (FZM), ein Zusammenschluss von 1 700 Zahnärzten und Zahntechnikern, informiert die Patienten via Praxisplakat (siehe Abbildung auf Seite 16) in den Arzt- und Zahnarztpraxen über Einführung und Auswirkungen der eGK. Zudem hat sich der FZM mit einer großflächigen Anzeige im auflagenstärksten Medium Mittelfrankens zu Wort gemeldet. Kritisiert wird vor allem das Informationsdefizit, das die mittelfränkischen Zahnärzte bei ihren Patienten feststellen. So glauben viele Patienten, die elektronische Gesundheitskarte sei lediglich eine Chipkarte mit Bild.

Auch immer mehr Arztpraxen interessieren sich für die Kampagne und beginnen, ihre Patienten über die eGK zu informieren. Der FZM-Vorstand hofft, dass sich die Kampagne auf die Arzt- und Zahnarztpraxen in ganz Bayern ausweiten wird. Noch vor der Sommerpause will der Förderkreis die Patientenunterschriften an Bayerns Sozialministerin Christa Stewens übergeben.

Dr. Stefan Gassenmeier
Co-Referent Public Relations/Neue Medien der BLZK